

Warum Barack Obama kein grosser Präsident war

Für einen bedeutenden Platz in den Geschichtsbüchern war der US-Präsident zu einsam, zu zaudernd und zu isolationistisch



Paul Widmer

Barack Obama wollte die USA aus Kriegen heraushalten und nicht länger den Weltpolizisten spielen. Er versuchte stattdessen Konflikte mit *soft power* zu lösen. Diese Strategie misslang, etwa in Syrien. Obamas Weg führte von *hard power* über *soft power* zu *no power*.

Freilich ist Obama nicht ohne Verdienste. Er wird in die Geschichtsbücher eingehen. Als erster afroamerikanischer Präsident ist ihm dies gewiss. Er verdient es auch für anderes. In seinem Lebensstil war er ein vorbildlicher Präsident. Barack und Michelle repräsentierten die USA mit Würde und Eleganz. Man wird sie bald vermissen. Weder die zwielichtig schillernden Clintons noch der ordinäre Trump halten einen Vergleich aus. Obama hat auch aussenpolitische Erfolge vorzuweisen, den grössten mit Iran, aber auch mit Kuba oder in multilateralen Verhandlungen. Er schaffte es, die USA in das Klimaabkommen von Paris einzubinden.

Aber die Misserfolge überwiegen. Obama hat nach den Kraftakten von George W. Bush

im Mittleren Osten erkannt, dass die USA das Schicksal der Welt nicht mehr allein stemmen können. Statt allein vorzugehen, setzte er auf Partnerschaften. Sein Problem war jedoch, dass er unfähig war, Partner zu gewinnen. Während seiner Präsidentschaft haben sich die amerikanischen Beziehungen fast zur ganzen Welt verschlechtert: zu den Arabern, zur Türkei, zu Israel, zu China, zu den Asean-Staaten und natürlich, für jedermann sichtbar, zu Russland. Auch in Europa hat Obama, der bei seinem ersten Besuch in Berlin noch frenetisch gefeiert wurde, keine Freunde gefunden. Er war ein einsamer, ein isolierter Präsident.

Woran lag das? In erster Linie an Obama selbst. Er hielt mitreissende grosse Reden. Aber nachher folgte nichts mehr. Er feuerte in Kairo die arabische Jugend zu mehr Demokratie an. Doch als die Knüppel der Autokraten zuschlugen, schwieg er. Obama sprach wie ein Idealist, handelte aber wie ein Isolationist. Die beiden Sachen passten nicht zusammen.

Obama hatte ein zusätzliches Problem: Er konnte nicht zuhören. Wenn er in der Öffentlichkeit sprach, verriet seine Intonation schon, dass er keinen Widerspruch duldet. Desgleichen seine Gebärdensprache. Nicht selten dozierte er mit ausgestrecktem Zeigefinger. So spricht ein Feldherr zu Soldaten. Obama aber hatte es nicht mit Soldaten zu tun, sondern mit Politikern und Präsidenten von souveränen Staaten. Diese wollen anders



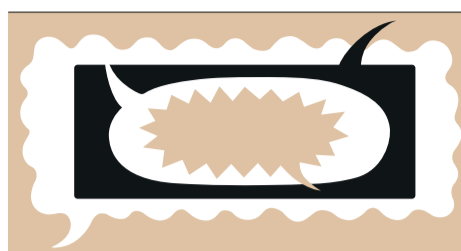
Obama gelang es nicht, persönliche Beziehungen auch nur zu einem einzigen *world leader* aufzubauen.

behandelt sein. Selbst die Demokraten auf dem Kapitol bekundeten Mühe mit dem Regierungsstil des Herrn im Weissen Haus, von den Republikanern oder anderen Staatsoberhäuptern nicht zu reden.

Obama hatte die kommunikativen Fähigkeiten nicht, um seine Strategie umzusetzen. Er war ein guter Redner, aber ein schlechter Zuhörer. So hatte er niemanden, mit dem er sich aussprechen konnte. Doch in den internationalen Beziehungen sind freundschaftliche Beziehungen unter Staatsoberhäuptern wichtig. Ich meine nicht tapsiges Schulterklopfen und Wangenküsse à la Juncker, sondern eine auf Respekt basierende gegenseitige Sympathie. Die Welt sähe heute anders aus, hätte es nicht zwischen Reagan und Gorbatschow Klick gemacht. Was wäre Reagan ohne die unverbrüchliche Freundschaft mit Maggie Thatcher gewesen? Was Roosevelt ohne Churchill, Kohl ohne Mitterrand, Helmut Schmidt ohne Giscard d'Estaing?

Doch Obama gelang es nicht, persönliche Beziehungen auch nur zu einem einzigen *world leader* aufzubauen. Das zeitigte Auswirkungen. Nicht nur in Syrien. Denn nach wie vor gilt: Gewisse Probleme lassen sich nur gemeinsam und nur auf höchster Ebene lösen. Das ist unter Obama wenig geschehen - zu wenig, um den 44. Präsidenten im Pantheon der Grossen zu verewigen.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt an der Universität St. Gallen.



Showdown

Stefan Bühler

Es war einmal ein Kabiskopf. Der stand mitten auf einem Kabisacker im unteren Gürbetal und machte sich Gedanken. Was ist, fragte er sich, wenn es ausserhalb des unteren Gürbetals noch etwas anderes gibt? Zum Beispiel ein oberes Gürbetal. Wollte ich dieses kennenlernen? Und falls es dort auch Kabisköpfe gäbe, möchte ich mit ihnen in Kontakt treten? Sprächen die dort die gleiche Sprache wie wir hier? Und hätten sie die gleiche Aussicht: links den Belpberg, rechts die Fluh von Gutenbrünnen und talaufwärts, weit weg, die Stockhornkette mit ihren markanten Gipfeln?

Alle diese Fragen gingen dem Kabiskopf nicht mehr aus dem Kopf. Und so fragte er eines Tages seine Nachbarn, die Kabisköpfe in den Reihen neben, vor und hinter ihm. Zuerst schwiegen sie zwei Wochen, und unser Kabiskopf wusste nicht, ob sie nachdachten oder ihn einfach ignorierten. Doch dann sagte der Kabiskopf hinten rechts: «Ich glaube, da ist nichts.» Aber er schien zu zweifeln. Und so brach es einen Monat später aus ihm heraus: «Und wenn da ein oberes Gürbetal wäre, dann hätte es keinen Belpberg, keine glühende Fluh im Abendlicht, die Kabisköpfe dort sähen ganz anders aus als wir, vielleicht wären sie sogar Broccoli und sprächen eine Fremdsprache. Du wolltest sie sicher nicht kennenlernen! Das Stockhorn wäre so nahe, dass es dir beim Hinaufblicken das Genick bräche. Nein, wenn es ein oberes Gürbetal gäbe, wolltest du da nicht hin. Auf gar keinen Fall!» Ende der Diskussion.

Unser Kabiskopf blieb, wo er gepflanzt worden war. Seine Abenteuerlust war erloschen. Als aber im Herbst Jaromir, der polnische Erntehelfer, ihn von seiner Wurzel schnitt, später im Hof durch den Häcksler presste und ihn zuletzt in einem luftdichten Gefäss einmachte, da wurde unser Kabiskopf so richtig sauer. Er hatte das Gefühl, etwas verpasst zu haben.

Medienkritik

Gekaufte Journalisten



Michael Furger

Diese Woche lag ein interessanter Brief in meinem Postfach. Ein Unternehmen aus dem Tourismussektor schickt mir eine Medienmitteilung. Es feiert sein 20-Jahre-Jubiläum und verlost Hotelübernachtungen für 20 Franken. Um diese Idee zu verdeutlichen, legte der Absender dem Brief eine Zwanzigernote bei. «Mit integriertem Nötli» heisst es im Begleitschreiben. 20 Franken sind nicht viel Geld. Aber es ist Geld, das da verschenkt wird, und zwar kombiniert mit der Aufforderung, die Jubiläumsaktion in der Zeitung gebührend zu erwähnen: «Das können Sie ihnen (den Lesern) nicht vorenthalten, finden wir.»

Das können wir tatsächlich nicht, aber nicht wegen des tollen Angebots, sondern wegen der Dreistigkeit, Bargeld für Medienpräsenz zu zahlen. Zumindest im Hause NZZ verbieten es die internen Leitlinien, Geld und grössere Geschenke entgegenzunehmen. Und die Gelegenheit dafür ergibt sich immer wieder. Vor ein paar Tagen handigte ein Schweizer Industrieunternehmen an einer Konferenz den Journalisten Tablet-Computer aus. Auf dem Gerät waren die Informationen zur Konferenz gespei-



Wer Geschenke annimmt, steht in der Schuld des Spenders. Für Journalisten ist das die schlechteste aller Positionen.

chert. Nach der Veranstaltung konnte man den Computer einpacken.

Man muss annehmen, dass integrierte Nötli und andere Grossherzigkeiten gegenüber Journalisten ihr Ziel erreichen, sonst würden sich die Unternehmen das Geld sparen. Es muss also Medienleute geben, die sich gern für eine Arbeit belohnen lassen, für die sie eigentlich von ihrer Redaktion bezahlt werden. Wohin das führt, ist klar. Wer Geschenke annimmt, steht in der Schuld des Spenders. Für Journalisten ist das die schlechteste aller Positionen. Man degeneriert zum verlängerten PR-Arm des Unternehmens. Wer berichtet schon frei und unabhängig über eine Firma, die einem gerade einen Computer geschenkt hat?

Die Grenze zwischen Kommerz und Journalismus war schon immer schwierig zu ziehen. Reisejournalismus zum Beispiel wäre gar nicht möglich, wenn Medienleute nicht kostenlos an Pressereisen teilnehmen könnten. Kaum eine Redaktion kann es sich leisten, die ganze Zeit teure Südsee-Flüge oder Safarireisen zu finanzieren.

Man kann einwenden, dass es hier immerhin um ein Produkt geht, das beurteilt werden muss, auch wenn Beurteilungen im Reisejournalismus selten negativ ausfallen. Ein Nötli in der Medienmitteilung und ein Tablet an der Konferenz hingegen haben nichts mit der Firmentätigkeit zu tun. Sie sind nur plumpe Beeinflussungsversuche. Peinlich für die Spender und oberpeinlich für Journalisten, die so etwas nicht sofort zurückgeben.

Grenzerfahrung

Stolz auf die Universität



Marina Masoni

Die Universität der italienischen Schweiz (USI) feiert ihren zwanzigsten Geburtstag. Am 21. Oktober 1996 wurde in den Räumen des umgebauten ehemaligen Civico-Spitals von Lugano das erste Semester eingeläutet. Dreihundert Studierende verteilten sich damals auf drei Fakultäten: Wirtschaft, Kommunikation und Architektur (Letztgenannte in Mendrisio). Ein langjähriger Traum und ein starkes Projekt wurden Wirklichkeit. Mit nur einer Gegenstimme hatte der Tessiner Grosse Rat das Universitätsgesetz am 3. Oktober 1995 verabschiedet. Heute sind Lugano und Mendrisio Universitätsstädte, das Tessin ist eine Universitätskanton. Für die Jungen ist dies selbstverständlich, doch für die Protagonisten und Zeugen des mühsamen Wegs zur Universität ist es eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte.

Bereits in den achtziger Jahren hatte das Tessin versucht, ein Universitätszentrum der italienischen Schweiz für Nachdiplomstudien einzurichten. Regierung und Parlament stimmten dafür, doch das Volk blieb skeptisch, viele befürchteten eine Kathedrale in der Wüste. Es kam zum Referendum, und 1986 fiel das Vorhaben an der Urne durch.

Das Thema blieb für eine Weile tabu. Dann aber holte der damalige Staatsrat Giuseppe Buffi das Dossier aus der Versenkung hervor und erarbeitete sich mit viel Geduld und politischem Scharfsinn den nötigen Konsens, auch dank Mario Bottas innovativer und zukunftssträchtiger Architekturakademie. Die Stadt Lugano leistete mit einem überzeugenden Projekt für die Fakultäten Wirtschaft und Kommunikation einen entscheidenden Beitrag. Der heutige Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation Mauro Dell'Ambrogio erarbeitete einen modernen und schlanken Entwurf für ein Universitätsgesetz, das den Instituten weitgehende Autonomien einräumte.

Natürlich fehlte es nicht an Kritik, an Vorbehalten und Widerstand, doch am Ende standen Volk und Politik fast ausnahmslos hinter dem Vorhaben. Allein dies ist eine politische Glanzleistung. Umso mehr, als die italienische Schweiz von Bern keine Garantien für die eidgenössische Anerkennung erhielt. Das Tessin handelte im Alleingang und «schenkte der Schweiz» (so die Worte von Giuseppe Buffi) dieses Projekt. Die Anerkennung erfolgte erst im Nachhinein.

Die USI ist der Beweis für ein innovatives und offenes Tessin. Ohne die Universität wäre die Neulancierung des Tessins in der Mitte der neunziger Jahre wahrscheinlich viel weniger dynamisch verlaufen. Wenn wir uns heute auf dieses Ereignis zurückbesinnen, kann uns das wichtige Impulse für die Zukunft geben.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.